

Antrag K-01
KV Olpe**Empfehlung der Antragskommission**
Überweisung an SPD-Landtagsfraktion**Der Landesparteitag möge beschließen:****Digitale Beteiligungsformate**

1 Seit März 2020 wird unser Leben vom Corona-Virus –
2 SARS-CoV-2 – maßgeblich beeinflusst. Erste Fälle von
3 dem neuartigen Erreger traten bereits Ende 2019 im chi-
4 nesischen Wuhan auf. In Deutschland gab es nach Me-
5 dienberichten am 28. Januar 2020 den ersten bestätig-
6 ten Fall. Seitdem hat sich das Virus in ganz Deutschland
7 und in der Welt ausgebreitet, mit dramatischen Folgen
8 u.a. für unser Gesundheitswesen, unsere Wirtschaft und
9 unser Sozialverhalten. Anfang September 2021 liegt die
10 Zahl der mit SARS-CoV-2 verstorbenen Menschen allein
11 in Deutschland bei über 92.000.

12

13 Menschen mit bestimmten Einschränkungen/Beein-
14 trachtigungen oder chronischen Erkrankungen, also An-
15 gehörige von sogenannten (Hoch)Risikogruppen, kön-
16 nen sich während dieser Pandemie ohne Gefährdung
17 der eigenen Gesundheit und im schlimmsten Fall des ei-
18 genen Lebens nur noch deutlich eingeschränkt bzw. gar
19 nicht mehr gesellschaftlich engagieren oder an politi-
20 schen Prozessen beteiligen – solange diese eine persön-
21 liche Präsenz verlangen. Diese Situation ist nicht trag-
22 bar!

23

24 Nach § 48 Absatz 2 Satz 1 der Gemeindeordnung
25 für Nordrhein-Westfalen seien Ratssitzungen öffentlich,
26 teilt die Kommunalabteilung des Ministeriums für Hei-
27 mat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes
28 Nord-rhein Westfalen am 15. Januar 2021 mit. In der
29 Begründung heißt es weiter, diese Öffentlichkeit müs-
30 se in Form einer sogenannten Saalöffentlichkeit herge-
31 stellt werden. Zudem gelte allgemein, dass für die Betei-
32 ligung an Abstimmungen kommunalverfassungsrecht-
33 licher Vertretungen grundsätzlich die Anwesenheit der
34 Mandatsträger*innen im Sitzungssaal erforderlich sei.
35 Dieses Recht sei auch für Ausschusssitzungen anzuwen-
36 den (§ 58 Ab-satz 2 Satz 1 der Gemeindeordnung für
37 Nordrhein-Westfalen).

38

39 Abstimmungen in Ausschuss- und Ratssitzungen kön-
40 nen demnach nicht digital erfolgen, aber gerade digita-
41 le Formate können hier Abhilfe schaffen, eine echte Al-
42 ternative sein und für Gleichberechtigung sorgen. Eben-
43 so ist eine Beteiligung an der Diskussion über digitale
44 Medien demnach nicht möglich. Ersatzweise wird der-
45 zeit bei Ratssitzungen beispielsweise in Lennestadt ei-
46 nem gewählten Mandatsträger, der als Hochrisikoper-
47 son nicht vor Ort sein kann, eine Tonspur zu Verfügung

48 gestellt, dies jedoch lediglich für den öffentlichen Teil.
49 Dies ist nicht mit unserem Verständnis von Partizipation
50 vereinbar!

51

52 Vor diesem Hintergrund und nicht zuletzt in Anbetracht
53 der Tatsache, dass die Pandemie auf nationaler und eu-
54 ropäischer Ebene bereits dazu geführt hat, dass Diskus-
55 sionsprozesse und Entscheidungen auf digitalem Wege
56 stattfinden bzw. gefällt werden, fordern wir die NRW-
57 SPD auf, sich für eine schnellstmögliche eindeutige,
58 rechtssichere Schaffung von Rahmenbedingungen für
59 die Durchführung digitaler Formate auch in der Kommu-
60 nalpolitik einzusetzen.

61

62 Demokratie lebt vom Mitmachen aller gesellschaft-
63 lichen Gruppierungen. Gestärkt wird dieser Gedanke
64 durch die UN-Behindertenrechtskonvention, die am 30.
65 März 2007 unterzeichnet wurde und die am 26 März
66 2009 in Deutschland in Kraft getreten ist. Sie sieht eine
67 rechtsverbindliche Grundlage für eine umfängliche Teil-
68 habe aller Menschen vor.

69

70 Wir fordern: Digitale Beteiligungsformate müssen Prä-
71 senzformaten gleichgestellt werden, um eine risikofreie,
72 gleichberechtigte Teilnahme an Rats- und Ausschusssit-
73 zungen für alle Mandatsträger*innen – mit und ohne
74 Beeinträchtigung – zu ermöglichen.